

Eine Ökosteuer für die Sozialwerke

Der Bundesrat steigt auf eine ökologische Steuerreform nur ein, wenn sie den Sozialversicherungen zugute kommt.

Von **Walter Niederberger, Bern**

Bern. - Ohne Druck aus dem Volk und dem Parlament hätte der Bundesrat wahrscheinlich noch immer keine Vorschläge für den Umbau des Steuersystems unterbreitet. Doch inzwischen fordern vier Volksinitiativen in der einen oder anderen Form Energieabgaben, und im Parlament brüten Kommissionen über dem Projekt eines entsprechenden Verfassungsartikels. Nun hat die Regierung nachgezogen; sie präsentierte gestern die Eckwerte für die künftigen Ökosteuern.

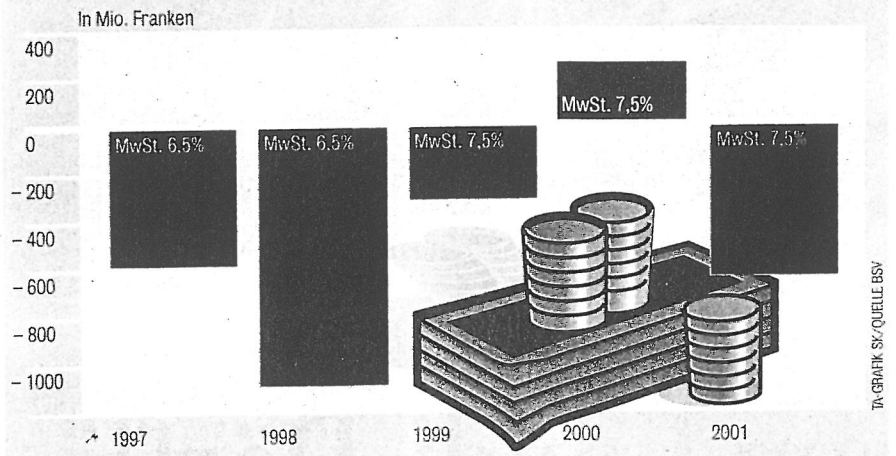
Die Botschaft an das Parlament ist allerdings erst für den Beginn des nächsten Jahrzehnts geplant; und eingeführt werden die Energieabgaben erst mit der neuen Finanzordnung. Das heisst im Jahr 2007. Die zögerliche Gangart passt zu den materiellen Vorbehalten. Der Bundesrat will keinen grundlegenden, auf die Schonung der Umwelt ausgerichteten Steuerumbau, wie er von den Grünen gefordert wird. Seine Absicht ist, Energieabgaben in bescheidenem Ausmass einzuführen und diese für die Finanzierung der defizitären Sozialwerke einzusetzen.

Das Finanzdepartement geht davon aus, mit einer Abgabe auf fossilen Energieträgern rund 2 Milliarden Franken einnehmen zu können. Geplant ist eine stufenweise Einführung, so dass die Einnahmen wohl erst in der zweiten Hälfte des kommenden Jahrzehnts zur Verfügung stehen würden.

Zusammen mit Mehrwertsteuer

Wie die Ökosteuer am besten in die Finanzierungsvorschläge für die Sozialwerke eingebaut werden kann, wird der Bundesrat erst im Sommer entscheiden. Im Vordergrund steht offenbar die Idee, die Energieabgabe für die AHV zu verwenden und damit eine ausschliessliche Zusatzfinanzierung mit der Mehrwertsteuer zu vermeiden. Die Energieabgabe entspricht ziemlich genau einem zusätzlichen Prozent der Mehrwertsteuer. (wn)

Defizite der AHV bis ins Jahr 2001



Die AHV bleibt defizitär – trotz dem zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozent, das ab 1999 zu einer kurzen Erholung führt.

KOMMENTAR

Nein sagen ist zu einfach

Von **Urs Buess**

Im Prinzip ist man sich einig: Umweltbelastende Energieträger wie Erdöl, Gas, Kohle und Kernenergie sollen stärker besteuert, erneuerbare Energien wie Wasserkraft, Sonne, Wind und Holz dagegen gefördert werden. So wollen es verschiedene Volksinitiativen, so will es auch der Bundesrat. Jedenfalls schreibt er das in seiner Botschaft zur Initiative «Energie statt Arbeit besteuern». Trotzdem lehnt er sie ab.

Gewiss, man kann das gleiche wollen, aber verschiedene Wege wählen. Die Grünen möchten mit der Ökosteuer ein einheitliches Rentenalter von 62 Jahren finanzieren. Das passt dem Bundesrat nicht. Die Solar-Initiative der Umweltorganisationen lehnt er ab, weil mit Energieabgaben einseitig der Solarstrom gefördert werden soll. Bei der Energie-Umwelt-Initiative missfällt ihm, dass der Ertrag von Lenkungsabgaben der Bevölkerung zurückerstattet werden müsste. Schliesslich wehrt er sich auch gegen eine Abgabe im Energie-

gesetz, und sein Vorschlag für eine CO₂-Steuer hat alles andere als Biss.

Bis vor kurzem durfte die Regierung mit fast geschlossener Unterstützung des bürgerlichen Lagers rechnen, wenn sie sich gegen Energiebesteuerung wehrte. Das hat sich geändert. Eine Abgabe im Energiegesetz ist von bürgerlicher Seite vorgeschlagen worden, und in den Komitees der Solar- und der Energie-Umwelt-Initiative sitzen Mitglieder der FDP und der CVP. Auch wenn Energie- und Umweltpolitik zurzeit die Gemüter nicht stark erregen, wird doch der Ruf nach Lenkungsabgaben lauter und mehrheitsfähiger.

Der Bundesrat macht sich nicht glaubwürdiger, wenn er jedes Nein mit dem Versprechen verbindet, er werde die ökologische Steuerreform vorantreiben. Wir wollen endlich wissen, wie er eine Energiesteuer in die künftige Finanzordnung einbetten will, wie hoch die Steuer sein soll und wie er die Einnahmen zu verwenden gedenkt. Andernfalls wachsen die Chancen der Initiativen, und wir hätten das, was die Regierung verhindern möchte: Ein Steuerflickwerk anstelle eines überzeugenden Finanzkonzepts.